

VERTRAULICH

2310.1

Besprechungen in Tokio - 3., 6. und 7. Dezember 1976

Die Einladung der japanischen Regierung zur Teilnahme an der 8. Tidewater-Tagung am 4./5. Dezember in Shimoda, über die ein besonderer Bericht erstattet wird, bot Anlass zu einer Reihe bilateraler Kontakte mit den japanischen Behörden auf Niveau der Vizeminister. Trotz kurzfristiger Anmeldung gelang es Botschafter Cuénoud, dessen gute Beziehungen und überlegene Arbeitsweise besonders hervorgehoben zu werden verdienen, ergiebige Besprechungen mit folgenden japanischen Persönlichkeiten zu organisieren:

- Yoshino, Vize-Aussenminister für Wirtschaftsfragen
- Masuda, Vize-Handels- und -Industrieminister für internationale Wirtschaftsfragen
- Matsukawa, Vize-Finanzminister für internationale Angelegenheiten
- Morinaga, Präsident der japanischen Zentralbank
- Miyazaki, Generaldirektor des Bureaus für Wirtschaftsplanung
- Hashimoto, Generaldirektor für Energiefragen im Handels- und Industrieministerium (Miti)
- Iwasa, Vizepräsident der japanischen Industriellenvereinigung (Keidanren)

Herr Maillard, der neben Botschafter Cuénoud an allen Besprechungen teilnahm, wird das Ergebnis dieser Kontakte im einzelnen schriftlich festhalten.

Nachfolgend einige Eindrücke allgemeiner Natur sowie eine systematische Zusammenfassung der wesentlichen Themen.

I. Allgemeiner Eindruck

Der erste Eindruck eines ausländischen Besuchers in Tokio ist wesentlich anders als zur Zeit meines letzten Aufenthaltes in Japan 1973 anlässlich der GATT-Konferenz über die Eröffnung der Tokio-Runde.

Während damals der Gegensatz zwischen dem traditionellen Japan und den modernisierenden westlichen Einflüssen eine Zwierspältigkeit offenbarte, die auf innere Schwierigkeiten des im Gang befindlichen Anpassungsprozesses schliessen liess, scheint jetzt der Uebergang zu einer neuen Lebens- und Gesellschaftsform - wenigstens äusserlich - bewältigt zu sein. Tokio ist zu einer modernen Grossstadt mit einem einheitlichen Stadtbild geworden. Auffallend ist die grosse Sauberkeit, die geringere Hektik, der fließende und wohlgeordnete Verkehr etc.

Dieser Geist selbstbewusster, amerikanisch anmutender Effizienz ist auch im Kontakt mit den offiziellen Gesprächspartnern zu verspüren. Der Kontakt ist leichter geworden. Meine Gesprächspartner wirkten aufgeschlossen, komplexlos und mit den internationalen Entwicklungen bestens vertraut. In der Diskussion über wirtschaftspolitische Fragen ist kein Unterschied in den grundlegenden Denkkategorien zu bemerken.

Trotz der Bedeutung der Parlamentswahlen, die während meines kurzen Aufenthaltes stattfanden, war weder Wahlfieber noch politische Agitation festzustellen. Die Ergebnisse wurden leidenschaftslos und sachlich kommentiert. Ein tiefgreifender Umschwung dürfte kaum bevorstehen, doch ist Botschafter Cuénoud besser in der Lage als der flüchtige Besucher, die innenpolitischen Kräfteverschiebungen zu analysieren. Jedenfalls dürfte, im Gegensatz zu den USA, die Kontinuität der Politik auf führender Beamtenebene, zu der die angesprochenen Vizeminister gehören, auch personell gewahrt bleiben.

II. Wirtschaftspolitik und Konjunkturentwicklung

Obschon sich seit dem ersten Quartal die Wachstumsraten verflacht haben (Rückgang von 13 auf 4 %), wird die weitere Entwicklung eher zuversichtlich beurteilt. Von der Inlandnachfrage gehen stärkere Wachstumsimpulse aus als von der Auslandsnachfrage. Der wegen der Erdölpreisexplosion von 1973 erforderlichlich gewordene Anpassungsprozess sei abgeschlossen. Eine neuerliche Preiserhöhung von 6 bis 7 % könnte reibungslos absorbiert werden. Bei einer stärkeren Erhöhung würden vor allem Auswirkungen auf die internationale Währungslage und eine raschere Passivierung der gegenwärtig noch aktiven Ertragsbilanz befürchtet.

Wirtschaftspolitisch wird dem Stabilisierungsziel Priorität eingeräumt. Die Inflationsrate ist unter 10 % gesunken und soll auf etwa 7 % zurückgeführt werden. Die negativen Auswirkungen der Inflation werden mitverantwortlich gemacht für den Rückgang der Wählerstimmen der Regierungspartei. Die neue Regierung werde der Arbeitslosenbekämpfung und der Verbesserung der Sozialleistungen erhöhte Beachtung schenken müssen. Das Wachstum soll durch staatliche Aufträge gefördert werden.

Was die Währungspolitik anbetrifft, waren alle unsere Gesprächspartner bemüht, eine wettbewerbspolitisch motivierte Manipulierung des Yenurses in Abrede zu stellen. Die Interventionen der Notenbank hätten nur den Zweck, kurzfristige Schwankungen auszuschliessen. Die Reaktion des Auslandes (EG und USA) auf die japanische Exportoffensive würde eine künstliche Begünstigung der Wettbewerbsverhältnisse durch Tiefhaltung des Yen als wenig angezeigt erscheinen lassen; ein starker Yen habe den Vorteil, die Preisauswirkungen der Erdöl- und Rohstoffteuerung zu mildern. Wegen der steigenden Inlandnachfrage sei für 1977 mit vermehrten Importen und daher einem Ausgleich der Handelsbilanz zu rechnen.

III. Multilaterale Handelspolitik

Der Zeitpunkt war besonders geeignet, um der japanischen Regierung das Ausmass der Gemeinsamkeit der handelspolitischen Ziele und die Nützlichkeit eines Zusammengehens mit der Schweiz ins Bewusstsein zu bringen. Die Japaner werden gegenwärtig von der EWG unter starken Druck gesetzt, ihre Ausfuhren zu beschränken, und auch die Vereinigten Staaten zeigen sich besorgt. Es war für unsere Gesprächspartner daher eine grosse Befriedigung festzustellen, dass sie in Europa einen Handelspartner besitzen, der eine eigenständige und bewusst liberale Handelspolitik verfolgt.

Für Japan wie für uns stellt die Erhaltung eines liberalen Welthandelssystems das prioritäre Anliegen dar. Die Japaner teilen unsere Auffassung, dass die Aktivierung der GATT-Verhandlungen das beste Mittel hierfür ist. Die Tatsache, dass die Schweiz eine eigene Zollabbauformel in Genf vorgeschlagen hat, bestärkt sie in der Auffassung, dass die Schweiz zum inneren Kreis der aktiven Verhandlungspartner gehört. Die Japaner wären bereit, mit uns eine gewisse Führungsrolle zu übernehmen und das weitere Vorgehen im GATT abzustimmen.

Bezüglich der bilateralen Verhandlungen Japans mit der EWG war zu erfahren, dass Japan gewisse Selbstbeschränkungsverpflichtungen auf dem Gebiet der Stahlexporte, des Schiffsbaus*) und der Automobilexporte nach Grossbritannien eingegangen ist; allerdings nicht ohne Bedenken, da dies den wichtigsten Partner, die USA, auf die ein Drittel der japanischen Ausfuhren entfällt, zu Anschlussbegehren veranlassen könnte. Seitens der EWG sei bisher kein Begehren gestellt worden, zum Schutze des Marktanteils der Gemeinschaften in umliegenden Drittstaaten auch die Ausfuhr nach der Schweiz zu beschränken. Derartige Begehren seien im Stahlsektor mit Bezug auf den spanischen Markt gestellt und von Japan abgelehnt worden. Wir wiesen auf die unerklärlich rasche Zunahme der Stahleinfuhren aus Japan hin, die den Verdacht von Transitgeschäften aufkommen lassen. Die Japaner zeigten sich an einer Abklärung des Tatbestandes sehr interessiert und teilen unsere Auffassung, dass berechtigten Klagen der EWG vorgebeugt werden müsse.

*) Die bilateralen Verhandlungen mit der EG sollen jedoch die multilateralen Bemühungen der OECD nicht aushöhlen. Der Vermittlungsaktion von Botschafter Grübel wird weiterhin grosse Bedeutung beigemessen.

- 5 -

Bezüglich Nord-Süd-Dialog ergab sich eine weitgehende Uebereinstimmung. Japan ist an einem erfolgreichen Abschluss ebenso interessiert wie wir und legt grossen Wert auf bessere Koordination innerhalb der Gruppe der Industrieländer. Das Treffen in Ermatingen sei diesbezüglich äusserst nützlich gewesen und sollte wiederholt werden.

Der bevorstehende Regierungswechsel werde die Ausarbeitung einer Nord-Süd-Konzeption nicht verzögern, da die führenden Politiker auf diesem Gebiet wenig Lust verspürten, sich in die Arbeiten der Verwaltung einzuschalten. Aus diesem Grunde sei es auch nicht denkbar, dass Japan eigene Initiativen ergreifen werde. Mit der Festlegung der eigenen Stellungnahme werde zugewartet, bis die Haltung der USA und der EG bekannt sei.

Bezüglich Rohstoffpolitik erklären die Japaner, flexibler zu sein als die USA und die Bundesrepublik. Sie hätten keine Bedenken, zusätzliche Rohstoffabkommen abzuschliessen. Auch über den gemeinsamen Fonds könnten die Verhandlungen aufgenommen werden, solange die Grundsatzfrage offenbleibe und keine finanziellen Verpflichtungen eingegangen werden müssten.

Auf dem Energiegebiet unterstützt Japan die Arbeiten der IEA. Die Erhöhung der Reservehaltung erfordere jedoch gewaltige Investitionen und könne nur langsam verwirklicht werden. Dagegen hat Japan ein energisches Sparprogramm in Angriff genommen. Im Februar soll in der Öffentlichkeit eine breitangelegte Sparkampagne durchgeführt werden. Im übrigen ist Japan an einer Diversifizierung der Versorgungsquellen (China, ASEAN-Raum) interessiert. Für Japan ist die Versorgungssicherheit wichtiger als der Preis; aus diesem Grunde sind mit einzelnen OPEC-Ländern langfristige bilaterale Lieferabkommen abgeschlossen worden, die etwa 20 % der Einfuhren decken. Besonderes Gewicht wird auf die rasche Entwicklung der Atomenergie gelegt.

Was die Investitionen von Petrodollars anbetrifft, sei kein besonderer Druck seitens der OPEC festzustellen, wahrscheinlich wegen des Abschreckungseffekts der japanischen Ueberwachung der Devisentransaktionen. Immerhin bestehe ein Interesse der OPEC-Länder an japanischen Staatsobligationen und Aktien.

Bei der Finanzhilfe ist Japan zurückhaltend. Ein Zeitplan für die Erreichung des Planungszieles von 0,7 % BSP sei schon deshalb unannehmbar, weil die verfügbaren Budgetmittel mit der raschen Erhöhung des japanischen BSP nicht Schritt zu halten vermöchten. Dagegen wäre Japan grundsätzlich bereit, in geeigneter Form zur Lösung der Verschuldungsfrage beizutragen. Kurzfristig wäre dies ohne Bereitstellung zusätzlicher Budgetmittel möglich, da in der "pipeline" der Entwicklungshilfe noch erhebliche Beträge vorhanden wären.

Japan legt grossen Wert auf den Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den fünf ASEAN-Staaten sowie den übrigen Ländern in Süd-Ost-Asien und scheint offensichtlich bestrebt, in dieser Region eine wirtschaftliche Vormachtstellung zu schaffen. (Hierüber separate Notiz.)

IV. Bilaterale Fragen

Unter Hinweis auf die liberale Einfuhrpolitik der Schweiz gegenüber Japan konnten wir mit umso grösserem Nachdruck auf den Abbau der verbleibenden Handelshemmnisse, auf welche gewisse schweizerische Lieferungen in Japan stossen, drängen.

- Schuhe. Das Miti hofft, jährliche Quotenerhöhungen von 20 % oder mehr zugestehen zu können, allerdings ohne ein diesbezügliches Versprechen abzugeben. "Aus technischen Gründen" könnten die Quoten jedoch nicht in Anzahl Paaren, sondern nur wertmässig festgesetzt werden. Wir erklärten uns bereit, über eine Preisgrenze zu verhandeln, falls dies eine Quotenerhöhung erleichtern würde.
- Seidengarne. Wir baten um sofortige Freigabe der in einem japanischen Hafen blockierten Sendung sowie Liberalisierung der zukünftigen Importe und wiesen auf den 40%igen Wertzuwachs hin, der bei der Verarbeitung der Rohseide in der Schweiz geschaffen wird. Das Miti ist bereit, die Angelegenheit zu prü-

fen, machte jedoch auf die aussergewöhnliche Steigerung der schweizerischen Ausfuhren nach Japan im Jahre 1975 aufmerksam.

- Pharma- und Pestizideinspektionen. Die restriktiven Vorschriften des japanischen Gesundheitsministeriums sind auch von der EWG zur Diskussion gestellt worden. Japan ist bereit, über die Anerkennung der Inspektionen im Ursprungsland zu verhandeln und internationale Normen in Erwägung zu ziehen. Als erster Schritt ist den Deutschen die Anerkennung der Tierversuche zugestanden worden. Wir wiesen auf die befriedigende Lösung hin, die im Rahmen der EFTA sowie mit USA, Kanada und Australien gefunden worden ist.
- Schachtelkäse. Wir baten um eine wenigstens symbolische Quote unter Hinweis auf die Zugeständnisse, die Japan der EWG auf dem Sektor der Milchprodukte zu machen bereit sei.

Diese Probleme werden von der Schweizerischen Botschaft, die sie bereits bei den zuständigen Stellen vorgebracht hatte, weiterbehandelt werden.

V. Zusammentreffen mit der "Swiss Businessmen Group"

Anlässlich eines Mittagessens mit dieser etwa 60 Personen umfassenden Gruppe orientierte ich über die schweizerische Wirtschaftslage und die Stellung unseres Landes im Nord-Süd-Dialog. Anschliessend ergab sich eine rege Diskussion über die Entwicklung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen und die - im allgemeinen positiven - Erfahrungen unserer Geschäftsleute in Japan.

* * *

*

Abschliessend sei Herrn Botschafter Cuénoud und seinem ersten Mitarbeiter, Herrn Maillard, bestens gedankt für die ausgezeichnete Vorbereitung des Besuchsprogramms. Herr Maillard hatte neben der laufenden Berichterstattung eine Reihe von Kurz-

notizen über die japanische Wirtschaft und Handelspolitik verfasst, die sich als Unterlage für meine Gespräche als besonders nützlich erwiesen. Herr Botschafter Cuénoud hat mir ferner im Rahmen eines Mittagessens die Möglichkeit einer zusätzlichen Aussprache mit japanischen Behörden-, Industrie- und Bankenvertretern geboten. Die kurze zur Verfügung stehende Zeit konnte somit optimal ausgenutzt werden.



Geht an:

HH. Bundesrat Brugger;

Botschafter Weitnauer; Botschafter Iselin; Botschafter Janner;
Botschafter Cuénoud, Tokio;

Botschafter Grübel, Schweizerische OECD-Delegation, Paris;

Botschafter Caillat, Schweizerische Mission bei den Europäischen
Gemeinschaften, Brüssel;

Botschafter Probst, Schweizerische Botschaft, Washington;

Ja, D; vT, Ly; Krl.

Direktor Dr. Winterberger.

Herrn Bundesrat Brugger

zur Orientierung

13.12.76.

Hv